

**Antragsteller: Landesvorstand**

*Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:*

**1 Resolution: Sascha Aulepp hat recht - Arbeitszeitverkürzung  
2 jetzt!**

3 Wir unterstützen Bildungssenatorin Sascha Aulepp in ihrer Forderung nach einem  
4 grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt, um Eltern bei der Kinderbetreuung zu unter-  
5 stützen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt nicht nur von guter Kinderbe-  
6 treuung in Krippen und Kitas ab, sondern auch von flexibleren Arbeitszeiten für beide  
7 Elternteile. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und eine  
8 größere Bereitschaft von Männern, Familienarbeit zu übernehmen, können wichtige  
9 Bausteine für eine bessere Kinderbetreuung sein. Auch wenn diese wichtigen Ziele nicht  
10 von der staatlichen Verantwortung, für genügend Betreuungsplätze zu sorgen, befreien,  
11 weisen wir die massive Kritik von CDU und FDP zurück. Sie instrumentalisieren die Kita-  
12 platz-Frage für ihre reaktionäre Abwehr gegen eine Flexibilisierung und Verkürzung der  
13 Arbeitszeit.  
14

**15 I. Ausreichende Versorgung mit Kinderbetreuungsangeboten**

16 Wir unterstützen die Forderung von Arbeitnehmerkammer und Verbänden nach länge-  
17 ren Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen. Es ist unerlässlich, flexible Betreuungs-  
18 möglichkeiten für Eltern zu schaffen, um ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
19 zu erleichtern.  
20

21 Gleichzeitig hindert eine unzureichende Verfügbarkeit von Kita-Plätzen insbesondere  
22 Mütter daran, überhaupt wieder in das Arbeitsleben einzusteigen. Diese Situation ist in-  
23 akzeptabel und muss dringend verbessert werden. Dass die Bildungssenatorin das klare  
24 Ziel hat, allen Kindern schnellstmöglich einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen und  
25 ihre Vorschläge zur Einbindung weiterer Personen ohne pädagogische Fachausbildung  
26 (Kita-Assistenzen), begrüßen wir. Darüber hinaus müssen auch alternative Betreuungs-  
27 formen, Möglichkeiten zum Platz-Sharing, Angebote mit Hol- und Bringdienst und kurz-  
28 fristige Betreuungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

**29 II. Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden**

30 Die öffentliche Empörung der Arbeitgeber:innen weisen wir entschieden zurück. In Bre-  
31 men gibt es – auch auf Grund des Lohngefüges und der sozioökonomischen Zusammen-  
32 setzung – besonders viele Menschen und gerade auch alleinerziehende Frauen, die in  
33 unflexiblen Tätigkeiten oder im Schichtdienst arbeiten. Daran tragen auch die Unterneh-  
34 men eine Mitverantwortung, weil sie teilweise Flexibilität verweigern oder diese durch  
35 schlechte Löhne unmöglich machen.  
36

37 Die SPD hat bereits im letzten Jahr auf dem Parteikonvent entschieden, sich mittelfristig  
38 für eine Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden pro Woche einzusetzen. Diese Maß-  
39 nahme ist ein wichtiger Schritt, um den Beschäftigten mehr Lebensqualität und Selbst-  
40 bestimmung zu ermöglichen. Wir sind überzeugt, dass eine Arbeitszeitverkürzung bei  
41 vollem Lohnausgleich nicht nur den Beschäftigten zugutekommt, sondern auch die ge-  
42 sellschaftliche Gleichstellung fördert und die Betreuungssituation entspannen kann.  
43

44 Wir rufen die Bundesregierung, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände dazu  
45 auf, aktiv an der Umsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung mitzuwirken und konkrete  
46 Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels zu unternehmen. Die Arbeitswelt befindet sich  
47 im digitalen und ökonomischen Wandel – eine Anpassung der Arbeitszeitpolitik ist not-  
48 wendig, um den veränderten Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
49 gerecht zu werden.

### 50 **III. Fazit**

51 Wir unterstützen Bildungssenatorin Sascha Aulepp und ihre Forderung nach Arbeits-  
52 zeitverkürzung und flexibleren Arbeitszeitmodellen. Nichtsdestotrotz sind wir der Über-  
53 zeugung, dass diese Maßnahmen nur einen Teil von mehreren essentiellen Bausteinen  
54 ausmachen. Es muss ein Zusammenspiel aus privater Verantwortung sein, die vor allem  
55 in größerem Maße von Vätern getragen werden muss, wenn es um die Betreuung von  
56 Kindern geht. Sowie die Verantwortung des Staates, Strukturen und Kapazitäten zu  
57 schaffen, die dafür Sorge tragen, Sorgearbeit, überall wo es möglich ist, aus dem Privaten  
58 ins öffentliche zu verlagern. Wir fordern Fraktion, Senat und Bürgermeister dazu auf, die  
59 Bildungssenatorin dabei offensiv zu unterstützen.